

Landkreis Vorpommern-Rügen

3. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

**Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU, GRÜNE, SPD, BfS-FDP,
BVR/FW**

Vorlagen Nr.:

A/3/0026

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	24.02.2020

Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, CDU, GRÜNE, BfS-FDP, SPD, BVR: "Weiterführung der kommunalen Kofinanzierung der Frauenschutzhäuser"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat mit der Hansestadt Stralsund über die Weiterführung der kommunalen Kofinanzierung des Frauenschutzhouses in Stralsund ab dem Haushaltsjahr 2021 in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, eine langfristige Lösung zu finden.

Begründung:

Derzeit gibt es im Gebiet des Landkreises ein Frauenschutzhause in der Stadt Ribnitz-Damgarten mit 12 Plätzen, ein Frauenschutzhause in der Hansestadt Stralsund mit 24 Plätzen und die Beratungsstelle für häusliche Gewalt mit Schutzwohnung in der Stadt Bergen auf Rügen.

Die Finanzierung der Frauenschutzhäuser in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich zu einem Teil aus Landesmitteln zusammen. Diese Zuwendung der akzessorisch geförderten Einrichtungen setzt voraus, dass die kreisfreie Stadt, in deren, oder der Landkreis, in dessen Gebietshoheit sich die Beratungs- und Hilfeeinrichtung örtlich befindet, die Einrichtung im Förderjahr finanziell unterstützen wird.

Nach der Landkreisneuordnung in 2011 ist es für das Frauenschutzhause in Stralsund bei der Finanzierungspraxis verblieben, dass die Hansestadt Stralsund den für den Erhalt der Landesmittel erforderlichen kommunalen Anteil erbringt. Das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V hat in diesem Bezug mitgeteilt, dass es der Gewährung der Zuwendungen des Landes nicht entgegensteht, dass eine nunmehr große kreisangehörige Stadt die kommunalen Anteile aufbringt, nicht aber der Landkreis. Insofern und mit Blick auf den Beschluss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund vom 7. November 2019, das Frauenschutzhause weiter zu bezuschussen zu wollen, ist zunächst eine Weiterfinanzierung und somit der Erhalt des Frauenschutzhouses in Stralsund gesichert.

Bereits im Juni 2019 wandte sich der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund an den Landrat mit der Bitte, sich an der Finanzierung des Frauenschutzhauses in Stralsund zu beteiligen. Aufgrund dessen befasste sich der Ausschuss für Soziales und Gesundheit in seinen Sitzungen vom 12. November 2019 und 21. Januar 2020 mit der Angelegenheit. Dabei wurde deutlich, dass die beiden Frauenschutzhäuser insbesondere aufgrund ihrer überregionalen und gar bundesweiten Verflechtung in das Hilfenetzwerk erhalten bleiben müssen. Insofern ist zu vermeiden, dass durch fehlende Finanzmittel das Frauenschutzhaus in Ribnitz-Damgarten gefährdet wird. Andererseits muss vermieden werden, dass durch einen eventuellen Rückzug der Hansestadt Stralsund die Einrichtung in Stralsund in ihrer Existenz bedroht wird.

gez. Andreas Kuhn
Fraktionsvorsitzender
Fraktion CDU